



Stadtrat Volker C. Koch  
Referent für Mobilität  
und Verkehr  
Herzog-Albrecht-Str.22  
85221 Dachau

Stadtrat Dennis Behrendt  
Bürgermeister  
Schleißheimer Straße 84e  
85221 Dachau

Stadträtin Anke Drexler  
Fraktionsvorsitzende  
Referentin für Familie und Soziales  
Karlmax-Küppers-Weg 27  
85221 Dachau

An die Große Kreisstadt Dachau  
Herrn Oberbürgermeister Florian Hartmann  
Konrad-Adenauer-Str. 2-6  
85221 Dachau

Dachau, den 23. September 2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt folgenden

## **Antrag zur Umsetzung der Radfahrstreifen in der Äußeren Münchner Straße als befristeter Verkehrsversuch**

Die SPD-Fraktion beantragt, den Beschluss des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 14.07.2026 zur Markierung von Radfahrstreifen in der Äußeren Münchner Straße dahingehend zu ergänzen, dass die Maßnahme zunächst als befristeter Verkehrsversuch nach § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 StVO für die Dauer von zwölf Monaten umgesetzt und fachlich begleitet wird.

Ziel des Antrags ist es, den beschlossenen Lückenschluss im Radverkehrsnetz umzusetzen und zugleich die von der Bürgerinitiative aufgeworfenen Fragen auf einer belastbaren Grundlage zu beantworten, bevor die Stadt den Umbau dauerhaft durchführt.

### **Begründung:**

Die Äußere Münchner Straße ist Teil des Haupttroutennetzes im städtischen Radverkehrskonzept. Der Radverkehr wird dort heute auf einem schmalen Gehweg geführt, auf dem zudem die Masten der Straßenbeleuchtung stehen und der durch Wurzelhübe abschnittsweise unbrauchbar geworden ist. Nach Darstellung der Verwaltung taugt er künftig nicht mehr für den Radverkehr. Der



Umwelt- und Verkehrsausschuss hat deshalb am 14.07.2026 die Markierung von Radfahrstreifen beschlossen. Die SPD-Fraktion steht zu diesem Beschluss.

Eine Bürgerinitiative sammelt derzeit Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen diesen Beschluss. Sie stellt laut ihrer Website die Umgestaltung nicht grundsätzlich in Frage, sondern hält die Auswirkungen auf Leistungsfähigkeit, Rückstaus, Ausweichverkehr, Pendler und Lieferverkehr, Busverkehr sowie Feuerwehr und Rettungsdienst für nicht ausreichend untersucht und vermisst einen Verkehrsversuch, wie er bei der inneren Münchner Straße durchgeführt wurde.

Die SPD-Fraktion nimmt diese Einwände ernst und nimmt die Initiative zum Anlass, den Beschluss an den genannten Punkten nachzubessern. Die Vorlage vom Juli stützt ihre Aussagen zum Kfz-Verkehr auf eine Zählung in der Abendspitze am nördlichen Knoten. Eine erweiterte Verkehrszählung kann hier aktuelle und weitere belastbare Ergebnisse liefern und für Klarheit sorgen. Die aufgeworfenen Fragen sind in der Sache berechtigt und sollen mit Zahlen beantwortet werden.

Der geeignete Weg dafür ist eine Zählung vor Beginn und ein Versuch unter realen Bedingungen. Die innere Münchner Straße wurde auf diesem Weg nach einjährigem Probebetrieb einstimmig in den Regelbetrieb überführt. Ein Verkehrsversuch beantwortet jede der genannten Fragen, verursacht keine höheren Kosten als der direkte Umbau, und da die Maßnahme überwiegend aus Markierung und rückbaubaren Elementen besteht, bleibt die Rücknahme grundsätzlich möglich. Die Bewertungskriterien müssen jedoch aus unserer Sicht vor Versuchsbeginn feststehen, damit das Ergebnis am Ende nicht nach Belieben gedeutet werden kann.

Daher sollten folgende Punkte umgesetzt werden:

1. Verkehrsversuch: Umsetzung der Maßnahme für zwölf Monate als befristeter Verkehrsversuch, bauliche Elemente ausschließlich in rückbaubarer Ausführung (vgl. innere Münchner Straße).
2. Nullmessung: Verkehrserhebung vor Versuchsbeginn an allen relevanten Knoten, jeweils in der Morgen- und Abendspitze.
3. Begleituntersuchung: Untersuchung von Leistungsfähigkeit, Rückstaus und Fahrzeiten, Verlagerungen in die Wohnstraßen, Auswirkungen auf Stadtbuss, Liefer- und Wirtschaftsverkehr sowie Feuerwehr und Rettungsdienst, Entwicklung der Radverkehrsmengen und Unfallzahlen.
4. Beteiligung von Feuerwehr und Rettungsdienst: Förmliche Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr Dachau und der zuständigen Integrierten Leitstelle Fürstenfeldbruck.
5. Bewertungskriterien: Festlegung der Kriterien vor Versuchsbeginn und Bekanntgabe im Umwelt- und Verkehrsausschuss.



6. Bestand: Darstellung der Verkehrssicherungspflichten am bestehenden Gehweg und der Kosten, die ein Verzicht auf die Umgestaltung dort unmittelbar auslösen würde.
7. Auswertung: Vorlage der Ergebnisse im Ausschuss spätestens drei Monate vor Versuchsende, anschließend Entscheidung über Regelbetrieb, Anpassung oder Rückbau.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Dennis Behrendt

Volker C. Koch

(Anke Drexler)